

## Hintergrundinformationen zum Fünften Armuts- und Reichtumsbericht

Die breite Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland fußt auf zwei Perspektiven: Erstens, dass für jede und jeden durch Anstrengung und Leistung ein Aufstieg möglich ist, und zweitens, dass jede und jeder Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand hat. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung untersucht, inwieweit diese Perspektiven auch tatsächlich vorhanden sind. Der Bericht ist heute vom Bundeskabinett beschlossen worden. Im Anschluss wird er dem Deutschen Bundestag zugeleitet.

Fast zehn Jahre nach Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise steht Deutschland solide da. Kontinuierliches Wirtschaftswachstum und die höchste Beschäftigtenzahl sind Ausdruck dieser ökonomischen Stabilität. Die Sozialversicherungen und der Staatshaushalt profitieren von dieser Entwicklung, sodass in dieser Legislaturperiode auch erhebliche Leistungsverbesserungen bei den Sozialversicherungen möglich waren.

Allerdings sind in der Wahrnehmung der Bevölkerung die Perspektiven für Aufstieg und Teilhabe am Wohlstand längst nicht für alle in unserem Land vorhanden. Quer durch die Gesellschaft gibt es Verunsicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern, ob sie und ihre Kinder den erreichten sozialen Status verbessern oder wenigstens erhalten können. Die unteren 40 Prozent der Beschäftigten haben beim Bruttostundenlohn seit Mitte der 1990er Jahre real weniger auf dem Gehaltszettel. Der Niedriglohnssektor in Deutschland ist damit immer noch groß.

Umso wichtiger ist es, genau anzuschauen, wie Armut und Reichtum in Deutschland verteilt sind und warum diese Verteilung so ist, wie sie ist. Der Armuts- und Reichtumsbericht hat vor allem Ungleichheit im Fokus: Wer hat im Vergleich zur gesamten Gesellschaft ganz besonders viel oder ganz besonders wenig zur Verfügung?

### **Ziel und Erarbeitung des Fünften Armuts- und Reichtumsberichtes**

Eine hohe Ungleichheit kann sich negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen. Das zeigen aktuelle Studien von OECD, IWF und DIW. Zum einen kann höhere Ungleichheit die Binnennachfrage schwächen: Menschen mit niedrigeren Einkommen geben einen größeren Anteil ihres Einkommens für den Konsum aus als Menschen mit hohem Einkommen. Wenn sie weniger Geld zur Verfügung haben, können sie auch weniger ausgeben. Zum anderen kann höhere Ungleichheit zu schlechterer Bildung in einer Gesellschaft führen: Wer vom Wohlstandszuwachs abgekoppelt ist, wird immer weniger in Bildung und Ausbildung investieren. So können bei hoher Ungleichheit Nachteile für die gesamte Gesellschaft entstehen, da verstärkt qualifizierte Arbeitskräfte fehlen. Daher ist die Betrachtung von Ungleichheit in unserer Gesellschaft nicht nur sozialpolitisch, sondern auch ökonomisch von großer Bedeutung.

Die Bundesregierung ist durch Beschlüsse des Deutschen Bundestages aufgefordert, regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht als Instrument zur Überprüfung politischer Maßnahmen und zur Anregung neuer Maßnahmen vorzulegen. Armut und Reichtum sind hochemotionale Themen. Schon über die Definition, wer arm und wer reich ist, gehen die Meinungen auseinander. Mit dem Armuts- und Reichtumsbericht legt die Bundesregierung daher regelmäßig die Fakten auf den Tisch. Diese Fakten sind die Grundlage für die Entwicklung von grundlegenden politischen Handlungsoptionen zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Ungleichheit.

Unsere Bundesministerin Andrea Nahles hat den Fünften Armuts- und Reichtumsbericht so transparent wie noch nie erarbeitet. In einem Gutachtergremium haben über 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bei der Erstellung des Berichtes beraten. Auch Sozialpartner, Wohlfahrtsorganisationen, Kirchen und andere Nichtregierungsorganisationen wirken über den Beraterkreis am Bericht mit. Erstmals fand darüber hinaus ein gemeinsamer Workshop von Menschen mit Armutserfahrungen und Vertretern des Ministeriums statt. Auf [www.armuts-und-reichtumsbericht.de](http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de) werden zudem die 30 Indikatoren des Berichtes detailliert dargestellt und regelmäßig aktualisiert, um die Debatte um Armut und Reichtum auf eine empirische und transparente Grundlage zu stellen. Mit diesem transparenten Prozess stellt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sicher, dass keine Fakten verschwiegen werden und dass eine breite Diskussion der zugrundeliegenden Daten stattfindet.

## **Zentrale Ergebnisse des Fünften Armuts- und Reichtumsberichtes**

### Lohnungleichheit

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre war gut, aber nicht sozial gerecht: Die obersten 60 Prozent der Beschäftigten hatten seit Mitte der 90er Jahre bis 2015 einen realen Anstieg ihres Bruttostundenlohns. Die Löhne der unteren 40 Prozent der Beschäftigten dagegen sind heute real geringer. Teilweise ist dies auf einen Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Menschen zurückzuführen, die vorher gar nicht erwerbstätig waren und erst auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen oder zu ihrem bisherigen Einkommen hinzuverdienen. Dennoch gibt es ganze Branchen (Transport, Einzelhandel, bestimmte Dienstleistungen), in denen die Löhne auf niedrigem Niveau stagnieren.

### Reichtum und Vermögensungleichheit

Die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die unteren 50 Prozent verfügen dagegen nur über ein Prozent des Vermögens. Eine nichtrepräsentative Befragung hat erstmalig das Thema Hochvermögende für den Armuts- und Reichtumsbericht näher beleuchtet. Ein diskussionswürdiger Befund ist, dass zwei Drittel der Befragten angeben, dass eine Erbschaft oder Schenkung relevant für den Aufbau ihres Vermögens war. Für 60 Prozent war außerdem Selbständigkeit oder Unternehmertum ein relevanter Faktor. Abhängige

Erwerbstätigkeit wird nur von 29 Prozent als relevant und lediglich von einem Zehntel als Hauptgrund angegeben.

### Kinderarmut

Das Armutsrisiko von Kindern liegt bei 64 Prozent, wenn keiner der Eltern arbeitet. Wenn ein Elternteil in Vollzeit beschäftigt ist, sinkt das Risiko schon auf 15 Prozent. Und wenn beide Eltern Vollzeit arbeiten, liegt das Risiko der Kinder nur noch bei 3 Prozent. Ganze zwei Millionen Kinder sind armutsgefährdet, weil kein Elternteil erwerbstätig ist oder ein Alleinverdiener nur in Teilzeit arbeitet.

### Langzeitarbeitslosigkeit

Der Anteil der Langzeiterwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung ist deutlich gesunken: von fast fünf Prozent im Jahr 2007 auf zwei Prozent im Jahr 2015. Dennoch gibt es eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit. Die Betroffenen sind besonders armutsgefährdet. Auch wenn zum Glück weniger Menschen als bisher ein Jahr oder länger arbeitslos sind - 2016 erstmalig knapp weniger als eine Million, 2007 waren es noch 1,7 Millionen -, ist jeder einzelne einer zu viel.

### Altersarmut

Aktuell ist das Armutsrisiko im Alter nicht größer als bei anderen Altersgruppen: Die Armutsrisikoquote liegt im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Auch der Bezug von Mindestsicherungsleistungen zeigt, dass die meisten Rentnerinnen und Rentner von eigenem Einkommen leben können: 2015 bezogen nur etwa drei Prozent aller über 65-jährigen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung. Dieser Anteil ist deutlich niedriger als in der Gesamtbevölkerung - dort beträgt der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen, insbesondere nach dem SGB II, 9,3 Prozent. Dennoch ist Altersarmut für die Betroffenen besonders schwerwiegend. Anders als Menschen im erwerbsfähigen Alter können sie sich kaum durch eigenes Handeln aus dem Armutsrisiko befreien.

### Materielle Entbehrung

In Deutschland gehört materielle Entbehrung nicht zum Alltag: Der Anteil der davon betroffenen Menschen ist in den letzten Jahren von ohnehin niedrigem Niveau weiter gesunken auf 4,4 Prozent. Materielle Entbehrung heißt nach EU-weiter Definition unter anderem, dass man sich keinen Urlaub leisten kann, nicht angemessen heizen kann, Zahlungsrückstände hat oder auch aus finanziellen Gründen unfreiwillig auf PKW, Waschmaschine, Fernseher oder Telefon verzichten muss.

### Armutsrisikoquote

Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat, gilt als armutsgefährdet. Zuletzt entsprach das je nach Datenquelle einem Nettoeinkommen zwischen 942 Euro und 1.189 Euro für einen Einpersonenhaushalt. Die Armutsrisikoquote ist damit eine relative

Größe, die auf die Verteilung von Einkommen in der Gesellschaft Bezug nimmt und Ungleichheit, nicht direkt Armut, misst. Diese Quote bleibt seit 2005 ungefähr gleich - trotz der guten Arbeitsmarktlage. Aktuell liegt sie - je nach Datenquelle - bei 15 bis 17 Prozent. Besonders betroffen sind Arbeitslose, Alleinerziehende, niedrig Qualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund. Damit die Armutsrisikoquote sinken kann, müssten die Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse im unteren Einkommensbereich überproportional erfolgen.

## Kurz und knapp: Politische Maßnahmen

**Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht ist Ansporn, politische Maßnahmen für weniger Ungleichheit zu diskutieren und umzusetzen. Leitbild ist dabei der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Denn nur zusammen sind wir stark.**

Einige Aktionsfelder sind:

### Armutsbekämpfung durch gute Arbeit

Wer eine kontinuierliche Erwerbsbiografie hat und ordentlich verdient, braucht seltener staatliche Unterstützung. Auch die Kinderarmut sinkt erheblich. Deshalb sind der gesetzliche Mindestlohn, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die gestärkte Tarifautonomie und die Bekämpfung von Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen wichtige Schritte auf dem Weg zur Armutsbekämpfung.

- **Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung für aller Lohngruppen:** Vom wirtschaftlichen Wachstum müssen alle Lohngruppen profitieren - auch diejenigen 40 Prozent, die hart arbeiten und deren Löhne dennoch nicht steigen.
- **Tarifbindung erhöhen:** Niedrige Lohnsteigerungen findet man vor allem in Branchen mit geringer Tarifbindung. Ein **Pakt für anständige Löhne** - vor allem im Dienstleistungs- und Pflegesektor - und ein **Tarifvertrag für soziale Berufe** sind wichtige Schritte.

### Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen

- **Öffentlich geförderte Beschäftigung:** Langzeitarbeitslose brauchen echte Chancen auf soziale Teilhabe. Denn Arbeit zu haben und für sich selbst sorgen zu können, ist eine Frage der Würde des einzelnen und der Teilhabe an unserer Gesellschaft. Vom Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ können 2017 und 2018 fast 20.000 Personen profitieren. Diese Förderung soll ins Regelgeschäft der Jobcenter übergehen. Menschen, die schon besonders lange arbeitslos sind, sollen für sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bei Arbeitgebern der freien Wirtschaft, sozialen Einrichtungen und Kommunen bis zu fünf Jahre lang einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt sowie ein begleitendes Coaching erhalten.

- **Arbeitslosengeld Q - Qualifizierung statt Langzeitarbeitslosigkeit:** Vorrangiges Ziel der Arbeitsmarktpolitik muss es bleiben, Langzeitarbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen. Deshalb soll das Arbeitslosengeld Q die Qualifizierungen von Arbeitssuchenden schon gleich zu Beginn der Arbeitslosigkeit so verbessern, dass sie gar nicht erst auf die Grundsicherung für Arbeitssuchende angewiesen sind.

### Altersarmut vorbeugen

Das **Gesamtkonzept Alterssicherung** bringt Verbesserungen für diejenigen, die im Alter besonders armutsgefährdet sind:

- Für **Erwerbsminderungsrentner**, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, wurden bereits zwei Mal in dieser Wahlperiode Verbesserungen umgesetzt. Dadurch sind die durchschnittlichen Zahlbeträge der Erwerbsminderungsrenten gestiegen: im Jahr 2015 um fast 50 Euro auf 711 Euro durch die Verbesserungen des Rentenpakets 2014 gemeinsam mit der Rentenanpassung 2015; weitere Steigerung um bis zu sieben Prozent folgen.
- Die **Absicherung von Selbstständigen im Alter**, die bisher nicht in der gesetzlichen Rente oder einem Versorgungswerk versichert sind, muss verbessert werden. Sie sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.
- Es ist es Aufgabe unseres Sozialstaates, dafür zu sorgen, dass niemand, der sein Leben lang gearbeitet hat, nach Erreichen der Regelaltersgrenze weiterarbeiten muss, weil die Rente nicht zum Leben reicht. Daher ist eine gesetzliche **Solidarrente** notwendig, die nach einem Leben voller Arbeit ohne Gang zum Sozialamt eine Rente von zehn Prozent oberhalb des durchschnittlichen regionalen Grundsicherungsbedarfes garantiert. Die Union hat eine Umsetzung der Solidarrente in dieser Legislaturperiode verhindert, obwohl das Projekt im Koalitionsvertrag vereinbart war.

### Zusammenhalt stärken: Gerechte Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben

- **Angemessene Beteiligung aller sicherstellen:** Um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, ist die angemessene Beteiligung der oberen Einkommens- und Vermögensbezieher an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben wichtig. Je weniger der eigene Reichtum mit eigener Leistung zusammenhängt, desto mehr stellt sich die Frage nach einer Form des Ausgleichs. Daher ist es sinnvoll, über die angemessene Besteuerung von Kapitaleinkünften und eine sinnvolle Reform der Erbschaftsteuer zu diskutieren.

**Berlin, 12. April 2017**

(Update des Papiers vom 24.03.2017)